

Aufruf zu Aktionen zum Thema Migration in Wien

Am 7. Oktober 2006 soll der dritte europaweite MigrationsAktionsTag stattfinden. Dieser ist das Resultat verschiedener Treffen von MigrantInnen, noborder-AktivistInnen und TeilnehmerInnen von Sozialforen in Europa und Afrika, die gemeinsam eine Vernetzung zum Thema Migration vorantreiben wollen.

Wie schon in den beiden Jahren zuvor wird sich dieser Tag dem Thema Migration und dessen globalen Zusammenhängen auf lokaler Ebene widmen:

- ➔ Für eine bedingungslose europaweite Legalisierung und gleiche Rechte für alle MigrantInnen
- ➔ Für die Schließung aller Internierungslager in Europa und überall
- ➔ Für ein Ende aller Abschiebungen und des Externalisierungsprozesses
- ➔ Für eine Entkopplung der Aufenthaltserlaubnis von einem Arbeitsvertrag und gegen "Prekarität"

Der MigrationsAktionsTag knüpft an die beiden vorhergegangenen europaweiten Aktionstage an, zu denen es auch in Wien Protesten gab.

Am 31. Jänner 2004 fanden in mehr als 40 europäischen Städten Demonstrationen und Aktionen statt, bei dem u.a. die bedingungslose Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, die Schließung aller Internierungslager, gleiche Rechte sowie gleiche Bedingungen und Bezahlung für ErwerbsarbeiterInnen unabhängig von StaatsbürgerInnenenschaft gefordert wurden.

Der zweite Aktionstag am 2. April 2005 sollte einen weiteren Schritt vorwärts in der europaweiten Vernetzung sozialer Bewegungen bedeuten. Der Schwerpunkt lag auf den Forderungen nach Bewegungsfreiheit und Bleiberecht - als Alternative zum europäischen Verfassungsprozess. So wurde europaweit an ca. 60 Orten vor allem gegen Lager zur Internierung von Flüchtlingen und MigrantInnen als deutlichster Ausdruck der europäischen Ausgrenzungspolitik protestiert.

Wir, die AutorInnen dieses Textes, beteiligten uns an der kürzlich stattgefundenen Demonstration gegen Rassismus und Polizeigewalt am 9. Juni 2006 in Wien. Wir sehen diese Demo neben zahlreichen anderen Aktivitäten, die sich oft unbemerkt von der Öffentlichkeit ereignen, als einen kleinen Schritt im Kampf für gleiche Rechte.



Mit dem Aufruf zu Aktionen am 7. Oktober 2006 wollen wir in Wien einen weiteren Schritt vorwärts unternehmen. Wir rufen daher alle Personen, Gruppen und sozialen Bewegungen auf, sich zu beteiligen. Im Mittelpunkt soll die Schaffung einer Basis für die Vernetzung bereits bestehender Kämpfe und eine bessere Zusammenarbeit stehen.

Daher laden wir zu einem Vorbereitungstreffen für den dritten europaweiten MigrationsAktionsTag in Wien am:

**Freitag, 1. September 2006, 19:00 Uhr
im Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien**

Außerdem weisen wir auf die Möglichkeit hin, schon jetzt den Aufruf für den Aktionstag am 7. Oktober 2006 zu unterstützen. Dieser und weitere Informationen findet sich unter: <http://no-racism.net/article/1725>

Bei Fragen kontaktiert uns unter der email-Adresse:
nofin@gmx.net

Säuberungspolitik der Wiener Linien

In den letzten Jahren kam es seitens der Wiener Linien verstärkt zu einer Geschäftspolitik, die sich gegen, meist ohnehin schon an den Rand gedrängte, gesellschaftliche Gruppen richtet. Dabei wird dies unter dem Vorwand betrieben, lediglich dem "Sicherheits-" und "Sauberkeitsbedürfnis" von FahrgästInnen nachzukommen. Trotz des fehlgeschlagenen Testbetriebs von Überwachungskameras in einigen wiener U-Bahn- und Straßenbahngarnituren, deren prognostizierte "abschreckende Wirkung" im Bezug auf eine Senkung von kriminellen Delikten in dieser Zeit eben nicht empirisch untermauert werden konnten, sollen U-Bahnen nun flächendeckend mit Kameras ausgestattet werden. Ähnliches gilt für die verstärkte Anwesenheit von Polizeibeamten in der U-Bahn in den letzten Monaten. Zusätzlich dazu gehen die Wiener Linien nun auch dazu über, die soziale Kontrolle unter den FahrgästInnen selber zu verstärken.

So ist seit einigen Wochen folgende Durchsage zu hören: *"Viele Fahrgäste fühlen sich durch organisiertes Betteln in der U-Bahn belästigt. Wir bitten Sie, dieser Entwicklung nicht durch aktive Unterstützung Vorschub zu leisten, sondern besser, durch Spenden an anerkannte Hilfsorganisationen zu helfen. Sie tragen dadurch zur Durchsetzung des Verbots von Betteln und Hausieren bei den Wiener Linien bei."* Grund dafür seien zahlreiche Anfragen von KundInnen, die sich über "Bettlerbanden" beschwert hätten, dazu kommt, dass MusikantInnen "oft auch noch extrem falsch spielen", ist dazu von den Wiener Linien zu hören.

Diese Durchsage ist deshalb so bemerkenswert, weil damit nicht nur das Betteln - in den Wiener Linien schon lange verboten - weiter kriminalisiert wird, sondern weil implizit auch signalisiert wird, das "Geben" bzw. "Spenden" sozial zu ächten. Dies ist für die Wiener Linien scheinbar notwendig, weil noch nicht alle FahrgästInnen Säuberungswut und spezifische Sicherheitsvorstellungen der Wiener Linien verinnerlicht haben und damit wohl auch nicht glauben, dass sich das Problem "Armut", das Teil einer kapitalistischen Normalität ist, damit lösen lässt, dass "Arme" aus dem Stadtbild einfach verdrängt werden. Zum anderen bedient sich das Bild der "organisierten Bettelerei" rassistisch gefärbter Stereotype. Menschen, die als nicht "wirklich" Bedürftig angesehen werden, würden nach Österreich kommen, weil sie "nicht arbeiten wollen". So werden mit Hilfe des Etiketts "organisiert" Menschen kriminalisiert und MigrantInnen zu "fremden Anderen" erklärt, die grundsätzlich verdächtig erscheinen.

Die "Anti-Bettelkampagne" der Wiener Linien ist Teil einer rassistischen Politik der Ausgrenzung. Als Alternative wäre eine Politik gefragt, die das Recht auf Mobilität für alle

Menschen jenseits von finanziellen Möglichkeiten oder Reisepass auch im Nahverkehr anerkennt. Wie wär's etwa mit gratis-Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln für Alle!?

Nein zu (Massen-) Deportationen

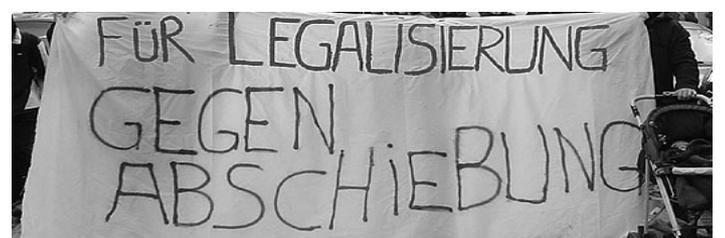
Es ist eine mehr als bedenkliche Entwicklung innerhalb der EU: Menschen mittels Charter- oder Militärflugzeugen außer Landes zu schaffen. In den vergangenen Jahren

waren zehntausende Personen von dieser menschenunwürdigen Maßnahme betroffen. Sammel-Deportationen sind in einzelnen EU-Staaten längst etablierte Praxis. Nun wurde auf EU-Ebene ein gemeinsames Vorgehen beschlossen und mehrere Millionen Euro dafür bereitgestellt. Mit der Organisation und Abwicklung der Charterdeportationen wurde die Mitte 2005 gegründete EU-Grenzschutzagentur "Frontex" mit Sitz in Warschau betraut.

Unter dem EU-Vorsitz Österreichs hat die EU gemeinsam Charterdeportationen beschlossen. Schon lange kooperieren einzelne Staaten bei Charterdeportationen. Nun steht diese Form der effizienten Deportation auf der offiziellen Agenda der EU und wurde bereits umgesetzt. Am 12. Juni 2006 wurden von einer polnischen Airline acht Personen aus Frankreich, Polen und Österreich mit Zwischenstopp in der armenischen Hauptstadt Erewan nach Tiflis, Georgien, geflogen. Für die acht Abzuschiebenden wurden 17 Beamte zur Bewachung zur Verfügung gestellt. Aus Österreich nahmen neben Polizeibeamten auch ein Arzt und ein Menschenrechtsbeobachter teil.

Den Harmonisierungsprozess der EU-Asyl- und Migrationspolitik voranzutreiben war eines der erklärten Ziele des Österreichischen Ratsvorsitzes im ersten Halbjahr 2006. Eine dieser Harmonisierungen betrifft die Praxis der Deportationen. Für die nächsten Jahre stellte die EU mehrere Millionen für Sammeldeportationen mit gecharterten Flugzeugen bereit. 80 Prozent der Kosten von bis zu 44.000 Euro pro Flug soll die EU-Kommission, den Rest die jeweiligen Mitgliedsstaaten übernehmen.

Weitere Informationen: <http://no-racism.net/deportatiNO>



VfGH verlangt Einzelfallprüfung bei Schubhaft

Schubhaft wird willkürlich verhängt. Das stellte kürzlich auch der Verfassungsgerichtshofes (VfGH) fest. Einer Erkenntnis zufolge muss in Zukunft die Zulässigkeit der Schubhaft im Einzelfall und nicht aufgrund allgemeiner Sachverhalte geprüft werden. Damit diese rechtsstaatliche Sicherung kein totes Recht darstelle, sei eine Verfahrenshilfe analog zu anderen Rechtsbereichen nötig.

Ein Asylwerber aus Georgien, der mittlerweile wieder auf freiem Fuß ist, war mindestens einen Monat unrechtmäßig eingesperrt. Erst nach wochenlangem Hungerstreik wurde der Mann Ende März 2006 aus dem PAZ entlassen. Er ging vor Gericht und bekam von den HöchststrichterInnen des VfGH Recht gesprochen. Laut Standard vom 7. Juli 2006:

"Der Unabhängige Verwaltungssenat (UVS) Niederösterreich, der am 22. Februar 2006 die Schubhaftbeschwerde des Mannes abgelehnt hatte, weil die Slowakei für dessen Asylverfahren zuständig sei und er gesichert dorthin zurückgeschickt werden müsse, sei 'willkürlich' vorgegangen. Statt 'nachvollziehbar' zu begründen. Warum der Freiheitsentzug weiterhin nötig sei, habe sich der UVS auf die Entscheidungsgründe untergeordneter Behörden berufen. Eine 'Automatik', die es laut VfGH-Sprecher Christian Neuwirth bei der Schubhaftverhängung nicht geben dürfe. Vielmehr verpflichte der Höchststrichterspruch von nun an jede involvierte Behörde - von der Fremdenpolizei über die Bezirkshauptmannschaft bis hin zu den UVS - zu prüfen, ob die Festnahme aus ausländerrechtlichen Gründen 'notwendig und verhältnismäßig' sei oder nicht."

Weiters hält der Standard fest, dass die Richter keine Einwände gegen die neuen Regeln für Schubhaftverhängung als solche hätten. Laut Paragraph 76 Fremdenpolizeigesetz (FPG) darf Schubhaft verhängt werden, wenn bloß "anzunehmen" ist, dass ein anderer EU-Staat ("Dublin-Staat") für das Asylverfahren zuständig ist. Dies sei "durchaus verfassungskonform; immerhin - so Neuwirth - ermögliche das Gesetz ja die Prüfung dieser Annahme."

Für Rechtsanwalt Lennart Binder hat der VfGH "ein Gesetz, das mittels umfassender Schubhaftdrohung Flüchtlinge abhält, Asylanträge zu stellen", als rechtmäßig anerkannt. Da alle Flüchtlinge über einen anderen EU-Staat nach Österreich einreisen und daher als Dublin-Fälle gelten, ist es für Binder "nur eine Frage der Zeit, bis die überwiegende Mehrheit aller Asylwerber in Österreich in Schubhaft sitzt." (Zitiert laut Standard)

Dazu ist anzumerken, dass auch viele Menschen in Schubhaft genommen werden, die nie einen Asylantrag gestellt haben. Schubhaft dient offiziell zur Anhaltung für

die Durchführung einer Ausweisung bzw. "fremdenpolizeilichen Maßnahme" aus dem Bundesgebiet. Dass die Anzahl der Schubhaftverhängungen steigt hängt nicht nur damit zusammen, dass mehr AsylwerberInnen :: "willkürlich" in Schubhaft genommen werden, sondern auch damit, dass grundsätzlich mehr Leute des Landes verwiesen werden, selbst dann, wenn sie schon seit Jahren in Österreich leben. Denn die Fremdenrechtspaket 2005 führte zu einer vermehrten Illegalisierung von hier wohnenden Menschen.



Euro-afrikanische NGO Konferenz in Rabat

Am 30. Juni und 1. Juli 2006 fand in Rabat/Marokko eine euro-afrikanische NGO-Konferenz zu Migration, Grundrechten und Bewegungsfreiheit statt. Anlass war die euro-afrikanische MinisterInnen-Konferenz zu Migration und Entwicklung am 10. und 11. Juli 2006, ebenfalls in Rabat. Dort wurden weitere restriktive Maßnahmen zur Abschottung beschlossen.

Auf der Gegenkonferenz diskutierten mehr als 150 Delegierten über Bewegungsfreiheit, Ablehnung der Grenzausrüstung, Schließung aller Internierungslager für Flüchtlinge und MigrantInnen, Annullierung der Rückübernahmeabkommen, Legalisierung aller papierlosen MigrantInnen, Schuldenstreichung und andere Forderungen an die EU-AU-Konferenz.

Kritisiert wurde das Verhalten des UNHCR, der insbesondere in Marokko selbst anerkannte Flüchtlinge nicht gegen Angriffe, Festnahmen und Abschiebungen schützt. Weitere Kritik richtete sich gegen den weit verbreiteten und von den Regierungen geschürte Rassismus in den nordafrikanischen Transitländern und in Europa sowie die "Externalisierung" der Asylverfahren, Grenzkontrollen und Lager, d.h. ihre Auslagerung aus der EU in Transit- und Herkunftsländer.

Am zweiten Tag der Konferenz wurde ein Manifest verabschiedet (für das noch UnterstützerInnen gesucht werden) und eine Kundgebung mit mehr als 100 TeilnehmerInnen vor dem Parlament abgehalten. Die KonferenzteilnehmerInnen riefen auch dazu auf den sich am transnationalen Aktionstag zu Migration am 7. Oktober 2006 zu beteiligen.

Manifest und weitere Infos: <http://no-racism.net/migration>

Remapping Mozart

Verborgene Geschichte/n – remapping Mozart ist ein künstlerisch konzipiertes Projekt im Mozartjahr 2006, das den Anspruch hat, sich mit verborgenen Geschichten Wiens auseinander zu setzen. So ist unter dem Titel "Was aller Welt unmöglich scheint" noch bis 30. Juli in der Kuffner Sternwarte, Johann Staud Straße 10, 1160 Wien eine Installation zu emanzipatorischen Perspektiven auf Vergangenheit und Gegenwart der afrikanischen Diaspora in Österreich zu sehen. Am Samstag, 15. Juni findet in memoriam Seibane Wague ein Konzertabend mit dem Vortrag "Joseph Boulogne Le Chevalier Saint George. Der Schwarze Mozart" im Brick 5, Fünfhausgasse 5, 1150 Wien statt. Und am 27. Juli 2006 tour ein Bus queer durch Wien. Das Thema: Mozart auf Abwegen. Treffpunkt 16.30 Uhr Burgring (gegenüber Maria-Theresien-Denkmal), 1010 Wien.

Nähere Infos: www.remappingmozart.mur.at

www.wienmozart2006.at Ein Projekt von WIENER MOZARTJAHR 2006 NEIMOZART 2006

15. Juli 2006, 19h, Brick 5, Fünfhausg. 5, 1150 Wien

Joseph Boulogne – Le Chevalier de St. Georges (1745–1799), Sohn einer versklavten Senegalesin und eines französischen Aristokraten, war im vorrevolutionären Frankreich ein gefeierter Violinvirtuose.

Saint George – in memoriam Seibane Wague

sowie Chef der bedeutenden Pariser Konzertgesellschaft *Concert des Amateurs*. Als Komponist tat sich der Zeitgenosse Mozarts besonders durch seine anspruchsvollen Werke für Violine hervor.

Anlässlich des 3. Todestages von Seibane Wague: 1969, Kaedi – 2003, Wien

www.remappingmozart.mur.at Verborgene Geschichte/n **remapping Mozart**

Vortrag von Beate Hammond: „Joseph Boulogne – Le Chevalier Saint George. Der Schwarze Mozart.“

Zur Aufführung gerät das 1774/1775 entstandene Violinkonzert in C-Dur, op. 5 Nr. 1, eines der früheren Werke Saint Georges.

Violinkonzert in C-Dur, op. 5 Nr. 1, SolistInnen: Donka Angatcheva, Klavier, Christoph Ehrenfellner, Violine

Jeden Mittwoch, 17.00 Uhr:

Protest vorm Innenministerium

Die österreichische Fremdenpolitik und das neue Fremdenrechtspaket verhindern, dass binationale Paare in Ruhe und ohne Angst gemeinsam mit PartnerInnen und Kindern leben können. Binationalen Familien werden durch die Fremdenpolitik diskriminiert und in ihrer Existenz bedroht: die Tatsache, mit einem/r ÖsterreicherIn verheiratet zu sein, berechtigt nicht automatisch zum legalen Aufenthalt in Österreich. Aus diesem Grund hat sich eine Initiative von binationalen Paaren unter dem Titel "Ehe ohne Grenzen" zusammengeschlossen und protestiert nunmehr seit März mit kreativen Aktionen vorm Innenministerium, Herrngasse 7, 1010 Wien. Die Initiative freut sich über UnterstützerInnen und TeilnehmerInnen an den Kundgebungen.

Weitere Infos unter: www.ehe-ohne-grenzen.at



19. bis 23. Juli 2006:

No Border Camp in Gorizia

In der zweiten Julihälfte findet ein Grenzcamp in der italienischen Kleinstadt Gorizia, die sich in der Nähe slowenischen Grenze befindet, statt. Seit einigen Monaten existiert dort in der Umgebung ein Abschiebe- bzw. Internierungslager mit rund 150 InsassInnen. In den letzten Wochen haben sich in dem Lager selbst Protestaktionen verschärft, die zeigen wie verzweifelt viele der dort internierten MigrantInnen sind: So kam es zu Selbstbeschädigungen, Fluchtversuchen, Hungerstreiks und vermehrten Spannungen mit dem Wachpersonal. Das Grenzcamp soll dazu dienen, die InsassInnen von außen zu unterstützen und mit kreativen Aktionen in der Stadt die Bevölkerung aufmerksam zu machen. Den für das Lager Verantwortlichen vor Ort wird keine ruhige Minute bleiben. Interessierte sind eingeladen am Camp teilzunehmen. Übernachtungsmöglichkeiten gibt es im Centro Sociale Clandestino geben, weitere Infos gibts unter:

www.no-racism.net/article/1741

www.globalproject.info



29. Juli bis 5. August 2006:

International Refugee Human Rights Tour

Unter dem Motto Deutschland Lagerland will die International Refugee Human Rights Tour die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass hier Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen, dazu gezwungen durch Gesetze, Verordnungen und Ausländerbehörden. Diese Tour ist der vorläufigen Höhepunkt einer Kampagne, die sich seit 2002 gegen Abschiebelager, Essenspakete und Lagerzwang für Flüchtlinge eingesetzt hat. Ziel der Kampagne war und ist es dabei vor allem, Flüchtlingen in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, um die Bevölkerung zu informieren und die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung mit der von ihnen geschaffenen Realität zu konfrontieren.



**Flüchtlingslager abschaffen
Ausgrenzung und Isolation beenden
Bleiberecht**

Interessierte sind eingeladen

sich der Tour anzuschließen, weitere Infos unter:

www.deutschland-lagerland.de